

Adorfer Grenzboten



Der Adorfer Grenzbote gelangt jeden Wochentag nachm. zur Ausgabe, für den nächsten Tag vordatiert. — Anzeigen nach Tarif. — Postfach-Konto 37369 Leipzig. — Fernruf Nr. 14. Gegr. 1835

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsnitz i. Vogtl., des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf im Vogtland

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstige Störung des Betriebes) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückgabe des Bezugspreises.

Tageblatt u. Anzeiger

für Adorf (Vogtl.), Bad Elster, Bad Brambach, Amsgrün, Breitenfeld, Bergen, Freiberg, Ober- u. Untergottengrün, Hermsgrün, Jügelburg, Leubetha, Mühlhausen, Neberseuth, Remtengrün, Schönberg, Siebenbrunn, Sohl, Wohlbach u. das übr. obere Vogtl.

Sonntags eine illustrierte Unterhaltungsbeilage

Druck und Verlag: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.), Bergstraße 14. — Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.)

Nr. 149

Sonnabend, den 29. Juni 1929

95. Jahrg.

Am Sonnabend, den 29. Juni 1929, nachmittags 3 Uhr sollen im gerichtlichen Versteigerungsraume

1 Regulator u. 1 Büffett

meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Adorf i. B., den 28. Juni 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Stochholzparzellen-Versteigerung.

Die städt. Stochholzparzellen in den Abt. 8, 23, 37 und 48 werden am 29. und

30. Juni 1929 unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert.

Zusammenkunft: Am Sonnabend, den 29. Juni 1929, nachmittags 3 Uhr auf dem Schlage Abt. 23 (Straße Landhaus—Amsgrün), anschließend etwa gegen 5 Uhr auf dem Schlage Abt. 8 (oberhalb Rübzahl). Am Sonntag, den 30. Juni 1929, vormittags 8 Uhr auf dem Schlage Abt. 37 (Röhberg), anschließend etwa gegen 10 Uhr auf dem Schlage Abt. 48 (südöstlich des Heilstättenweges).

Stadt. Forstrevierverwaltung Adorf i. B.

Adorf i. B., am 27. Juni 1929.

Was gibt es Neues?

Der Reichspräsident hat den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Vortrag empfangen.
Die Reichsregierung hat zum 28. Juni eine Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage erlassen.
Staatssekretär Schmidt kündigte im Reichstagsauschuß für den Herbst ein umfangreiches Programm für die westlichen Grenzgebiete an.
Die Gewerkschaften haben an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu der bevorstehenden Tributkonferenz fordern.
In Anwesenheit von 1000 Ärzten aus dem ganzen Reich wurde in Essen der 48. Deutsche Arztetag eröffnet.
Durch heftige Wolkenbrüche ist es an vielen Stellen Berlins zu Überschwemmungen gekommen.
Während eines heftigen Gewitters schlug der Blitz in die Universtität und in das Landtagsgebäude in Berlin.
Durch ein Explosionsunglück in einer Gummiabrik in Preshburg wurden acht Arbeiterinnen getötet und 12 schwer verletzt.
Wasserflugzeuge eines englischen Kriegsschiffes sollen Überreste des Flugzeuges „Rumancia“ gefunden haben.

Die letzte Woche.

Die zehnjährige Wiederkehr des Tages von Versailles ruft uns bittere Stunden in die Erinnerung zurück. Nach langem schweren Ringen hatte sich die Nationalversammlung in Weimar unter dem brutalen Druck der unerbittlichen „Siegerstaaten“ bereitgefunden, die Regierung zur Unterzeichnung des Schmachtfriedens zu ermächtigen. Selten war eine Entscheidung von derartig schwerwiegenden Folgen gefallen. War doch der „Vertrag“ aufgebaut auf der schamlosen Rüge von der Weisung Deutschlands am Weltkrieg. Unter völliger Mißachtung des vielgepriesenen Selbstbestimmungsrechtes wurden wertvolle Landesteile und Millionen von Deutschen rücksichtslos vom Mutterland losgerissen, das Heer zerstückelt und das deutsche Volk bis zur Wehrlosigkeit entwandelt, die Handelsflotte, Kolonien und alle deutschen Auslandsgüter geraubt, das Rheinland auf viele Jahre besetzt und dem ganzen Volke ungeheure Tributlasten aufgebürdet. Nicht mit Unrecht wird daher der 28. Juni, an dem vor zehn Jahren dieser Schmachtfrieden im Versailler Spiegelsaal unterzeichnet werden mußte, in ganz Deutschland als Trauertag begangen. Am Nachmittag um 3 Uhr, zur Stunde der Unterzeichnung des Versailler Diktats, wird allgemeines Trauergeläut der Kirchen jeden Deutschen an die schwerste Schicksalsstunde des deutschen Volkes erinnern, und in allen deutschen Gauen werden zahlreiche Kundgebungen flammenden Protest gegen die Kriegsschuldfrage und das Versailler Diktat erheben.

Unser Protest richtet sich vor allem auch gegen den schmachvollen Zustand, daß auch heute, zehn Jahre nach Friedensschluß, noch immer fremde Truppen den deutschen Boden besetzt halten. Der Vertrag hatte ausdrücklich vorgesehen, daß die Besatzung zurückgezogen werden sollte, wenn Deutschland seinen Vertragsverpflichtungen Genüge leistet. Deutschland hat seine Entwaffnung anerkanntermaßen durchgeführt, es ist dem Völkerbund beigetreten, es hat den Locarnovertrag abgeschlossen und hat auch bisher seine finanziellen Verpflichtungen restlos erfüllt. Ja, es hat sich entschlossen, dem Pariser Sachverständigenplan zuzustimmen und damit für zwei Menschenalter ungeheure Lasten auf sich zu nehmen. Es ist deshalb unser gutes Recht, wenn wir darauf bestehen, daß nunmehr endlich das Rheinland geräumt und das Saargebiet an Deutschland zurückgegeben wird. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in seiner Rede vor dem Reichstag die beiden Forderungen vor aller Welt erhoben, und das Echo zeigt, daß der deutsche Standpunkt in der Räumungsfrage in weitesten Kreisen gebilligt wird. Nur Frankreich versucht immer wieder, die Rheinlandräumung hinauszuschleppen und die besetzten Gebiete als Schwacherobjekt auszunutzen. So schreibt der

Das Rheinland zum 28. Juni.

Räumung ohne neue Opfer. — Kundgebung der rheinischen Spitzenverbände.

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrages haben zahlreiche Verbände und Organisationen Kundgebungen gegen das Friedensdiktat und die Kriegsschuldfrage veröffentlicht, die in der Bevölkerung großen Widerhall fanden. Besondere Beachtung verdient die Stellungnahme des besetzten Gebietes, das ja in den zehn Jahren der Not und des Elends am allermeisten unter den verhängnisvollen Wirkungen des Friedensvertrages zu leiden hatte und bis zum heutigen Tage noch der Befreiung von der drückenden Besatzung harret.

Die Spitzenverbände des besetzten Gebietes haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie der Erwartung Ausdruck geben, daß die Reichsregierung die alsbaldige Räumung des besetzten Gebietes nachdrücklich verlange, ohne daß neue Opfer gebracht werden dürfen. Die Kundgebung ist unterzeichnet von dem Verbande der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes, vom Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete und vom Gewerkschaftsausschuß für das besetzte Gebiet.

Die Industrie- und Handelskammer Mainz erhebt die Forderung nach unverzüglicher Vereinigung und Wiederangliederung des Saargebietes an das deutsche Wirtschaftsgebiet. Nur durch völlige Räumung des besetzten Gebietes und Rückgabe der Saar könne der Wiederaufbau der Wirtschaft erreicht werden. Die Einsetzung einer Kontrollkommission sei entschieden abzulehnen.

Der Wechselschuß gegen neue Fesseln.

Der Wechselschuß für Rhein, Pfalz und Saar hat für die große Kundgebung der bürgerlichen Parteien des Rheinlandes in Koblenz gegen das Versailler Diktat folgendes Telegramm abgeschickt:

„Im Ringen um die Einheit des Reiches hat sich das Rheinland unter drückender Besatzung und im wüsten Separatistenumult als das unerschütterliche Bollwerk des deutschen Volksstaates im Westen bewährt. Wir Rheinländer im unbefetzten Deutschland geloben den Schwestern und Brüdern am Rhein, an der Mosel, an der Nahe und an der Saar, in der Pfalz und in Hessen Treue. Wir halten zu ihnen im Kampf gegen das Diktat von Versailles für unser unüberwindliches Recht auf den herrlichen Strom, der Deutschlands Stolz, nicht Deutschlands Grenze ist. Wir sind einig mit ihnen in dem Willen, keine neuen Fesseln schmieden zu lassen. Wir lehnen ab die Kontrolle, die die Reichshoheit schmälert und die Zwietracht berewigt. Wir wollen Freiheit für das Land am Rhein und an der Saar, das für das deutsche Volk 10 Jahre Fremdherrschaft ertragen hat.“

Vorstellungen des Reichskommissars in Koblenz.

Im Zusammenhang mit dem Verbot von Ver-

stets gut unterrichtete Pariser Journalist Sauerwein in der Wiener „Stunde“, die französische Regierung müsse „mit Rücksicht auf die Volksstimmung“ erklären, daß das Rheinland nicht geräumt werden könne, ehe nicht die erste Anleihe gemäß dem Youngplan flüssig gemacht sein werde und nicht ein Kontroll- und Feststellungsausschuß die Aufgabe der Überwachung der entmilitarisierten Zone übernehme. Von einer vorzeitigen Rückgabe der Saar will man in Paris nichts wissen, oder nur gegen weitgehende wirtschaftliche und finanzielle Kompensationen, die sich keineswegs auf den im Friedensvertrag vorgesehenen Rücklauf der Saargruben beschränken, sondern darüber

anstaltungen am 28. Juni im besetzten Gebiet durch die interalliierte Rheinlandkommission hat der Reichskommissar für die besetzten Gebiete im Auftrage der Reichsregierung bei der Rheinlandkommission in Koblenz energische Vorstellungen erhoben.

Fort mit der Kriegsschuldfrage!

Der Kyffhäuserbund an die Reichsregierung.

Zum zehnjährigen Erinnerungstag an die Unterzeichnung des Versailler Vertrages richtete der Vorstand des Deutschen Reichskriegsbundes „Kyffhäuser“, der mit seinen drei Millionen Mitgliedern der Welt größter Bund ehemaliger Soldaten ist, an die Reichsregierung die dringende Bitte, jede möglichen Mittel anzuwenden, um die Versailler Kriegsschuldfrage zu Fall zu bringen als notwendige Vorbedingung jeder Völkerveröhnung. Die Bewegung gegen die Kriegsschuldfrage werde durch die Kundgebungen am 28. Juni d. J. neue Stöße gewinnen und über alle Parteigrenzen hinweg jene Einigkeit erzwingen, die allein die Möglichkeit zu der Geschlossenheit des Handelns nach außen gebe. Schon jetzt sei der Beweis erbracht, daß jeder erfolgversprechende Schritt der Regierung zur Befreiung der Lüge den größten und freudigsten Widerhall in allen Kreisen der Bevölkerung finden würde und daß es an der Zeit sei, in großzügiger Weise die Zweifel der Welt zu zerstreuen.

Der Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldfrage hat die Regierung aufgefordert, erneut für die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts einzutreten, damit endlich der Makel von dem deutschen Volk genommen werde. Auch die demokratische Partei setzt sich in einem Aufruf für entschiedenen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage ein.

Beamte und Kundgebungen am 28. Juni.

Bekanntlich ist den Behörden und Behördenvertretern untersagt worden, an privaten Kundgebungen am 28. Juni aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Versailler Vertrages teilzunehmen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es jedoch den Beamten lediglich in ihrer Eigenschaft als Beamte untersagt, den Kundgebungen beizuwohnen. Gegen eine Teilnahme der Beamten in privater Eigenschaft ist nichts einzuwenden. Dagegen hat das vom preussischen Staatsministerium vor einigen Tagen erlassene Verbot von behördlichen Sonderkundgebungen auch für Universtitäten und Schulen Gültigkeit.

hinaus auch eine Entschädigung für den „Gewinnausgang“ in sich schließen würde, den Frankreich durch den Verlust des seinem Zollgebiet einverleibten Saarbedens als Absatzmarkt fürchtet.

Alle diesen Fragen werden zweifellos von Deutschland auf der bevorstehenden großen politischen Konferenz aufgerollt werden. Ueber den Tagungsort und den Zeitpunkt dieser Konferenz ist allerdings noch nichts bestimmt. Gegenwärtig bestehen darüber zwischen England und Frankreich noch ernste Meinungsverschiedenheiten. Macdonald hat London als Konferenzort vorgeschlagen, weil er eben erst die Regie-